

Arbeitszeitverkürzung: Die FEDE verlangt eine zusätzliche Geste für die über 50jährigen sowie die Einführung der Massnahme innerhalb von 2 Jahren

Die FEDE begrüsst die vom Staatsrat vorgeschlagene Arbeitszeitverkürzung. Sie möchte aber, dass diese bereits 2010 vollständig eingeführt wird. Zudem verlangt sie 6 Wochen Ferien für die über 55jährigen und drei zusätzliche Tage für Angestellte ab 60 Jahren.

Der Staatsrat hat Anfang Juli die Vernehmlassung zum Entwurf eines Reglements über die Arbeitszeitverkürzung eröffnet (siehe FEDE-INFO Nr. 28). Zur Erinnerung: Er schlägt 25 Ferientage für das Personal unter 50 Jahren, 28 Tage für das Personal unter 58 Jahren und 30 Tage für die über 60jährigen vor. Er will 2009 zwei zusätzliche Tage und bis 2012 je einen weiteren zusätzlichen Tag pro Jahr gewähren.

Der Vorstand der FEDE hat Stellung zu dieser Vorlage bezogen. Er begrüsst den Entscheid des Staatsrats, auf einen Teil der Forderungen des Personals einzugehen. Zur Erinnerung: Über 6500 Personen haben die Petition unterzeichnet, die eine zusätzliche Ferienwoche für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verlangt.

Der Vorstand der FEDE möchte, dass der Staatsrat eine zusätzliche Geste für das Personal über 50 macht. Konkret verlangt er, dass der Staatsrat 30 Ferientage ab Alter 55 gewährt, und nicht erst ab 58 Jahren wie im Moment vorgesehen. Der Vorstand erachtet es ausserdem als notwendig, die über 60jährigen nicht zu vergessen und drei zusätzliche Tage für diejenigen Personen zu fordern, die sich dafür entscheiden, ihren Beruf weiterhin auszuüben.

Schliesslich verlangt die FEDE eine raschere Umsetzung der Massnahmen innerhalb von zwei Jahren, d.h. 3 Tage im Jahr 2009 und 2 zusätzliche Tage im Jahr 2010. Angesichts der zeitlichen Verzögerung bei der Verhandlung dieses Dossiers erscheint diese Forderung dem Vorstand vernünftig.

Altersklasse	aktuelle Situation	Vorschlag des Staates	Forderung der FEDE
20-50 Jahre	20 Tage	25 Tage	25 Tage
50-55 Jahre	25 Tage	28 Tage	28 Tage
55-60 Jahre	25 Tage	30 Tage ab 58 Jahren	30 Tage ab 55 Jahren
> 60 Jahre	30 Tage	30 Tage	33 Tage

Überblick zum Recht auf Ferien und den Forderungen der FEDE

Die FEDE hofft, beim Staatsrat Gehör zu finden. Wie wir oft betont haben, arbeitet das Personal mehr als der Durchschnitt der Lohnabhängigen im öffentlichen und privaten Sektor. Nutzen wir also in diesem Kanton für einmal die Chance, uns ein wenig über dem Durchschnitt zu positionieren.

Bernard Fragnière
Präsident der FEDE

Die Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE) wurde 1947 gegründet und umfasst beinahe alle Gewerkschaften und Verbände des Personals des Kantons Freiburg. Sie ist die Ansprechpartnerin des Staatsrats für alle Fragen, die das Personal betreffen, insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Löhne.

FEDE-INFO

Flexibilisierung der Arbeitszeit: ein grundsätzliches Ja der FEDE, aber mit besserer Kontrolle und unter der Bedingung, dass im Reglement die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes eingehalten werden

Wie wir es in unserem letzten Bulletin erwähnt haben, möchte der Staatsrat die Arbeitszeit des Personals flexibler gestalten. Er nennt dabei folgendes Ziel: « eine tatsächliche Flexibilität der Arbeitszeit einzuführen und dabei die Bedürfnisse der Angestellten und des Arbeitgebers zu berücksichtigen ».

Im Kern sieht die Vorlage eine Anpassung der festen Präsenzzeit (die von 8 Uhr auf 8.30 Uhr verschoben wird), die Möglichkeit einer Umwandlung von bis zu 50 Stunden Ferien in reduzierte Arbeitszeit, eine Erhöhung der übertragbaren Minusstunden von 10 auf 20 Stunden pro Monat und der übertragbaren Plusstunden von 20 auf 40 Stunden im Monat.

Die Vorlage sieht vor, dass eine Flexibilisierungsvereinbarung auf freiwilliger Basis geschlossen wird. In diesem Rahmen können die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihr monatliches Zeitsaldo um bis zu 160 Stunden unterschreiten oder überziehen und bis zu 14 Stunden pro Tag arbeiten.

In ihrer Vernehmlassungsantwort erklärt sich die FEDE bereit, auf eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit einzutreten. Die Mehrheit der befragten ungefähr 200 Mitarbeiter haben sich diesem Grundsatz gegenüber offen gezeigt. Der Vorstand verlangt aber einen Aufschub der am 1. Juli 2009 geplanten Umsetzung um 6 Monate. Er möchte mit dem Staatsrat über zusätzliche Begleit- und Kontrollmassnahmen diskutieren (Anzahl der geschlossenen Vereinbarungen, Art der Arbeitszeitmodelle usw..) um zu verhindern, dass Druck auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgeübt wird, um sie dazu zu bringen, ein für sie ungünstiges Arbeitszeitmodell zu akzeptieren.

Die FEDE verlangt, dass die Vorlage gewisse Bestimmungen des Arbeitsgesetzes einhält. Alle verfügbaren Studien zeigen, dass die normale Tagesarbeitszeit 9 Stunden nicht überschreiten sollte. Ansonsten wird die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufs Spiel gesetzt. Wir verlangen, dass diese tägliche Höchstgrenze auf 11 Stunden festgelegt wird. Das Ausmass der monatlich übertragbaren Stunden sollte gesenkt werden. Wir schlagen eine Begrenzung auf minus 60 und plus 80 Stunden vor. Es geht darum zu verhindern, dass ein Staatsangestellter sich verpflichtet fühlt, für ihn ungünstige Arbeitszeiten zu akzeptieren, um einen allzu negativen Zeitsaldo zu kompensieren.

Ausserdem fordert die FEDE, dass aus Erfordernissen des Dienstes geleistete Überstunden immer mit einem Viertelzuschlag bezahlt werden, und nicht erst ab der 41. Stunde, wie es im Verordnungsentwurf vorgeschlagen wird.

Nun müssen mit dem Staatsrat entsprechende Diskussionen geführt werden. Es geht darum, eine Vereinbarung zu finden, die beide Seiten zufrieden stellt.

Die Antwort der FEDE zu diesem Reglementsentwurf kann auf der Internetseite der FEDE konsultiert werden.

Bernard Fragnière
Präsident der FEDE